

Antrag A03: Die Hoffnung organisieren – Mietenkampagne der Bundespartei in Brandenburg umsetzen

Antragsteller*in:	Isabelle Vandre (W · KV Potsdam), Martin Günther (M · KV Barnim), Iris Burdinski (W · KV Potsdam), Konstantin Gräfe (M · KV Potsdam), Candy Boldt-Händel (M · LAG), Hendrik Sander (M · LAG), Fritz Viertel
Status:	angenommen

- 1 Die Mietpreise in Brandenburg explodieren. Immer mehr Brandenburger:innen
2 zahlen völlig überteuerte Mieten und können sich die Wohnung nicht mehr
3 leisten. In Rankings, die die Kostenexplosion quantifizieren, erlangen
4 Brandenburger Städte und Gemeinden regelmäßig Spitzenplätze. So stiegen
5 die Angebotsmieten in Brandenburg an der Havel von 2023 zu 2024 um knapp
6 elf Prozent. Damit gehört die Stadt zu den traurigen TOP 10 in
7 Deutschland. Im Vorjahr stiegen die Mieten in Potsdam sogar um satte 31
8 Prozent. Aktuell gibt es in ganz Brandenburg nur noch 20.046 mietpreis-
9 und belegungsgebundene Wohnungen, 2014 waren es noch 59.622. In 20 Jahren
10 wird sich die Anzahl der Sozialwohnungen noch einmal halbiert haben laut
11 Infrastrukturministerium. Und das, obwohl der Bedarf nach Sozialwohnungen
12 weiter steigt. Das sind die nackten Zahlen. Sie stehen im Widerspruch zu
13 der allgemeinen Wahrnehmung, dass sich die Mietenkrise auf die
14 Metropolregionen wie Berlin, Hamburg und München beschränkt. Doch die
15 Realität sieht anders aus: die Mietenkrise ist in Brandenburg angekommen.
16 Für viele Brandenburger:innen sind Angst vor Verdrängung und Armut die
17 bittere Realität. Durchschnittlich geben Haushalte, die weniger als 1000
18 netto im Monat haben, fast die Hälfte ihres Einkommens fürs Wohnen aus
19 (Mietbelastungsquote).[\[1\]](#) Jede Mietsteigerung ist dann existenzbedrohend.
- 20 Die Linke in Brandenburg steht an der Seite der Mieter:innen. Gemeinsam
21 mit unserer Bundespartei kämpfen wir für bezahlbare Mieten - in
22 Brandenburg und bundesweit. Deswegen beteiligen wir uns an der linken
23 Mietenkampagne. Wir organisieren die Hoffnung der Menschen, indem wir der
24 Spekulation mit dem Grundrecht auf Wohnen den Kampf ansagen und gemeinsam
25 mit Mieter:inneninitiativen Druck aufbauen.
- 26 Daher fordert der Landesparteitag den Landesvorstand dazu auf, folgende
27 Maßnahmen zur Umsetzung der bundesweiten Mietenkampagne, zu ergreifen:
- 28 1. Gründung eines Landeskoordinierungskreises zur Begleitung,
29 Koordinierung und Planung der Kampagne. Dem Ko-Kreis sollen
30 Mitglieder des Landesvorstandes, sowie mindestens ein:e Vertreter:in
31 aus jedem Kreisverband, der an der Kampagne beteiligt ist, angehören.

- 32 Das erste Treffen des Koordinierungskreises ist bis spätestens Ende
33 des 1. Quartals 2026 durchzuführen. Durchführung eines landesweiten
34 Planungstreffens zur Ausgestaltung der Kampagne – inklusive
35 landesweiter Forderungen, Kampagnenhöhepunkte und Koordination der
36 Unterstützungsangebote für die Kreise.
- 37 2. Langfristige Planung eines gemeinsamen, landesweiten
38 Kampagnenhöhepunktes.
- 39 3. Unterstützung der Kreisverbände in der Erarbeitung eines
40 Kampagnenplans, inklusive Definition regionalisierter Ziele.
- 41 4. Unterstützung der Linksfraktionen und kommunalpolitisch Aktiven in
42 den Gemeinden und Städten durch Vernetzungs- und Schulungsangebote
43 zur Wohnungs- und Baupolitik, Musteranfrage/anträge uvm.
- 44 [\[1\] https://download.statistik-berlin-](https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/b73a00e0b92eedbe/1faf2cc590c0/SB_F01-02-00_2022j04_BB.xlsx)
45 [brandenburg.de/b73a00e0b92eedbe/1faf2cc590c0/SB_F01-02-00_2022j04_BB.xlsx](https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/b73a00e0b92eedbe/1faf2cc590c0/SB_F01-02-00_2022j04_BB.xlsx)

Begründung

Unterstützer:innen: Landesvorstand, Kreisvorstand Oberhavel, Till Kümmelberger (KV Barnim), Bryan Nowack (KV Potsdam), Merle Burkhardt (KV Potsdam), Florian Nix (KV Potsdam), Robert Kosin (KV Teltow Fläming), Ida Karlotta Wiesigstrauch (KV Potsdam), Tobias Woelki (KV Potsdam), Anja Günther (KV Potsdam), Kevin Herenz (KV Potsdam), Lena Herenz (KV Potsdam), Katharina Gehrmann (KV Potsdam), Gerrit Große (KV Oberhavel), Patricia Usée (KV Oberhavel), Stefanie Wegner (KV Oberhavel), Josefine Wolf (KV Oberhavel), Torben Reichert (KV Potsdam), Claudia Sprengel (KV Brandenburg an der Havel), Pascal Mertens (KV LDS), Tina Lange (KV Potsdam)

Die Mietenkampagne wird der politische Schwerpunkt der Partei Die Linke bis 2029 sein. Ziel der Kampagne ist es Hoffnung auf eine andere, solidarische Gesellschaft zu machen und echte Verbesserungen im Alltag der Menschen zu erzielen. Wir wollen, dass Wohnen bezahlbar wird und Verdrängungsprozesse gestoppt werden. An diesen Forderungen soll 2029 keine andere Partei vorbeikommen können. Zu diesem Zweck hat die Bundespartei einen detaillierten Kampagnenplan erarbeitet, der unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten für die Kreisverbände bietet. Egal ob Groß- oder Kleinstadt, ländlicher Raum oder Metropolregion, viele Neumitglieder oder kleine Basis: die Mietenkampagne bietet unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten.

Eine aktive Beteiligung an der Mietenkampagne schafft viele Vorteile für die Linke Brandenburg: Eine verbindende Kampagne bietet die Möglichkeit alte und neue Genoss:innen durch eine gemeinsame Praxis einzubinden. Die Vernetzung und praktische Kooperation zwischen den beteiligten Kreisverbänden wird angeregt. Auch ohne Präsenz im Landtag zeigen wir der Brandenburger Öffentlichkeit: Die Linke hat ein

Angebot für die Menschen und bringt ihre Interessen effektiv in die Politik ein. Vor allem bietet die Beteiligung an der Kampagne die Chance, Wähler:innen (zurück) zu gewinnen und bei der nächsten Wahl wieder mit einer starken Fraktion in den Landtag einzuziehen. Mit der Mietenkampagne kann die Linke die Brandenburger*innen in ihrem Alltag ansprechen, die Organisation entlang einer solidarischen Politik voranbringen und damit auch eine Alternative zur extremen Rechten sichtbar machen, die offensichtlich keine Lösung für die tatsächlichen Probleme der Leute anzubieten hat.

Mit einer Beteiligung an der Mietenkampagne unterstützt die Linke Brandenburg die Strategie der Bundespartei, eine sozialistische Alternative zur neoliberalen Mitte und zur autoritären Rechten greifbar zu machen. Durch ein bundesweit koordiniertes Handeln unterstützen wir den Parteaufbau, schärfen das öffentliche Profil der Partei und stärken die reale Durchsetzungsfähigkeit einer linken Politik.